

Land bringt Halle zum Toben

Dass das Regierungskabinett Fördermittel für den Umbau des Riebeckplatzes nicht berücksichtigt, sorgt für breite Entrüstung. Bürgermeister verweist auf Absprachen.

VON DIRK SKRZYPCZAK

HALLE/MZ. Vor wenigen Tagen herrschte in Halle noch Sonnenschein. Auf einer Pressekonferenz wurde Michael Marten als Interimsgeschäftsführer der neuen Betreibergesellschaft für das Zukunftszentrum vorgestellt. „Wir haben den Punkt der Unumstößlichkeit erreicht“, sagte zudem der Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD). Ist das so? Seit Dienstag schrillen in Halle die Alarmglocken. Grund ist die Landesregierung, die ihre Förderzusage für den Umbau des Riebeckplatzes für 2025 und 2026 aus dem Etatentwurf gestrichen hat. 28,9 Millionen Euro hatte Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) der Stadt schriftlich bis 2030 versprochen. Wackelt der Umbau und mit ihm das Zukunftszentrum?

Nur noch Kranichzentren?

„Es wäre gefährlich, die derzeit gesellschaftspolitisch bedeutsamste und größte Einzelinvestition des Bundes seit der Wende in Frage zu stellen“, erklärte Bürgermeister Egbert Geier (SPD) am Mittwoch. Man habe sich an alle Absprachen gehalten und die eigenen Hausaufgaben gemacht. „Ich habe den Ministerpräsidenten als lösungsorientiert und verlässlich wahrgenommen. Was zugesagt wird, wird auch eingehalten.“ Im Ratshof wähnt man sich in einem falschen Film. „Dass wir bislang noch keine Fördermittelanträge eingereicht haben, liegt am Land, nicht an uns“, so Geier. Für die finanzielle Unterstützung hatte das Land eine Richtlinie erarbeitet, die am 3. Juni im Ministerialblatt veröffentlicht wurde. Darin steht, dass Anträge bis zum 31. Oktober dieses Jahres vorzulegen sind. Daran werde man sich halten, sagt Geier.

Die Empörung in Halle zieht sich quer durch die politische Landschaft und erreicht auch das Ausland. Wenn das Land künftig nicht nur „Kranichzentren als Großvorhaben“ wolle, müsse es schnell mit der Posse aufhören, heißt es. „Jetzt, wo der Bund grünes Licht gibt und alles steht, wäre es fatal, sollte das Land seine Zusage kippen“, sagte Cornelia Pieper, Generalkonsulin der Bundesrepublik im polnischen Danzig. Sie war Mitglied der Jury, die sich für Halle als Standort des Zukunftszentrums entschied. Die Fördermittel liegen im Ressort der liberalen Infrastrukturministerin Lydia Hüskens. Riskiert sie einen innerparteilichen Zoff? FDP-Fraktionsvorsitzender Andreas Silbersack zeigt Verständnis, dass die Ministerin ihren Haushalt glatt ziehen wolle. „Ich sage es aber auch jedem, dass wir nicht am Zukunftszentrum rütteln.“ Nach der bitteren Pille mit Intel dürfe der landespolitische Leuchtturm im Süden nicht gefährdet werden. Man müsse nun alle Anstrengungen unternehmen, um eine Lösung zu finden.



Die Visualisierung zeigt den neuen Riebeckplatz. Auf der schraffierten Fläche soll das Zukunftszentrum stehen. Die Neugestaltung des Verkehrsknotens ist Bestandteil des Architekturwettbewerbs für das Einheitszentrum. DARSTELLUNG: STADT HALLE



„Es wäre fatal, sollte das Land seine Zusage kippen.“

Cornelia Pieper (FDP)
Generalkonsulin

FOTO: SCHELLHORN



„Es wäre gefährlich, die Investition in Frage zu stellen.“

Egbert Geier (SPD)
Bürgermeister

FOTO: SCHELLHORN



„Es darf nicht zu weiteren Verzögerungen kommen.“

Karamba Diaby (SPD)
Bundestagsabgeordneter

FOTO: HEROLD-STOLZE



„Das Land muss jetzt Partner sein und keine Bremse.“

Melanie Ranft (Grüne)
Fraktionsvorsitzende

FOTO: PARTEI

Am Dienstag hatte bereits die Bundestagsabgeordnete Katrin Budde (SPD) die Landesregierung aufgefordert, das notwendige Geld für den Umbau des Riebeckplatzes in den Haushalt einzustellen. Mittwoch zog ihr Parteikollege Karamba Diaby nach. „Es darf nicht zu weiteren Verzögerungen bei den Planungen und beim Baustart für das Zukunftszentrum kommen“, sagte der halesche Bundestagsabgeordnete. Der gemeinsame Wettbewerbserfolg biete die einmalige Chance für die attraktive Neugestaltung des Bahnhofsviertels. „Das darf durch die Sparpläne des Finanzministeriums jetzt nicht gefährdet werden.“

Wichtiger Baustein

Die Fraktion der Grünen im Stadtrat stößt in das gleiche Horn. „Es ist unverständlich, dass die Landesregierung dieses wichtige Projekt nun bremst, statt es wie besprochen zu unterstützen“, steht in einer gemeinsamen Erklärung von Melanie Ranft und Wolfgang Aldag. Grundlage des laufenden Architekturwettbewerbs sei ein mit allen Beteiligten vereinbarter Grundstückszuschnitt für das Zukunftszentrum mit der Neugestaltung des Riebeckplatzes. „Das Land muss jetzt Partner sein und keine Bremse“, forderte Ranft. Bürgermeister Geier spricht beim neuen Riebeckplatz von einem entscheidenden Baustein, „damit der Architekturwettbewerb überhaupt starten konnte“.